



Im Lokalteil

Tretroller als Verkehrsmittel

Mit den Elektro-Tretrollern hat ein neues Verkehrsmittel in Schwäbisch Gmünd Einzug gehalten. Während die einen das Angebot für kurze Strecken bereits in Anspruch nehmen, befürchten andere chaotische Zustände. Die Stadt hat allerdings für die Fahrt mit diesem relativ neuen Fahrzeugen für den Individualverkehr klare Regeln aufgestellt. » Seite 13

Impfen in der Bocksgasse

Die nachlassende Zahl der Impfwilligen macht sich auch im Impfstützpunkt Schwäbisch Gmünd bemerkbar: Lange Zeit war er im Stadtgarten untergebracht, der wurde nun zu groß. Ganz aufgeben will der Ostalbkreis seine Impfstützpunkte in Aalen und Schwäbisch Gmünd aber nicht. Mit verkleinerten Kapazitäten und einem neuen Standort soll das Angebot erhalten bleiben. » Seite 13

Welche Maske im ÖPNV?

Nur noch an wenigen Orten in Baden-Württemberg gilt noch eine Maskenpflicht – der öffentliche Nahverkehr ist einer davon. Doch welche Maske ist eigentlich damit gemeint? Und in diesem Zusammenhang stellt sich auch die generelle Frage: Gilt denn überhaupt noch irgendwo eine FFP2-Pflicht? » Seite 15

HSG: A-Juniorinnen holen Titel

Die Handballerinnen der weiblichen A-Jugend der HSG Bargau/Bettingen haben sich im Rückspiel um die württembergische Meisterschaft in Biberach einen hart erkämpften 23:21-Sieg und damit vor knapp 400 Zuschauern in der Pestalozzi-Sporthalle den Titel gesichert. » Seite 22

Aktuelle Corona-Zahlen

Baden-Württemberg

7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz: 6,7
Covid-19-Fälle auf Intensivstation: 242

Ostalbkreis

7-Tage-Inzidenz: 1589,0
R-Wert: 0,89
Impfquote: 71,4 % Erstimpfung
71,3 % Vollimmunisierung
53,2 % Auffrischungsimpfung
549 Verstorbene

Kliniken: 41 von 48 Intensivbetten belegt
7 Covid-19-Fälle in intensivmedizinischer Behandlung, 2 werden beatmet.

Rems-Murr-Kreis

7-Tage-Inzidenz: 1344,5
R-Wert: 0,97
Impfquote: 68,4 % Erstimpfung
69,0 % Vollimmunisierung
53,8 % Auffrischungsimpfung
568 Verstorbene

Kliniken: 34 von 51 Intensivbetten belegt
1 Covid-19-Fall in intensivmedizinischer Behandlung, der beatmet wird.

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
14424,36 Pkt. -93,80 Pkt.	3917,85 Pkt. -33,27 Pkt.	1,0969 Dollar -0,36 Cent

Wetter

Mittags 16° | Nachts 6°
Überwiegend stark bewölkt, dazu böiger Südwestwind

Mehr „Lebensraum“ für Fußgänger in Gmünd



SCHWÄBISCH GMÜND. Wer Innenstädte vom Autoverkehr entlasten möchte, muss den Menschen angenehme Alternativen bieten. Wer in der Stadt wohnt, sollte seine nahegelegenen Ziele auf sicheren und bequemen Wegen zu Fuß erreichen können. Gleiches gilt für

Leute, die mit dem Bus kommen und sich dann im Zentrum als Fußgänger bewegen. Wo es in Gmünd in dieser Hinsicht Handlungsbedarf gibt, hat der Fußverkehrs-Check mit Beteiligung von Bürgern unter die Lupe genommen (Seite 15). Foto: gbr

SPD, FDP und AfD fordern Luchas Entlassung

Der Minister musste wegen Pannen viel Kritik einstecken. Nun ist das Maß voll, findet die Opposition.

STUTTGART. FDP und SPD wollen den Landtag zu einer Bühne für eine Generalabrechnung mit Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) machen. Die beiden Fraktionen beschlossen am Dienstag einstimmig einen Entlassungsantrag, mit dem sie Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) drängen wollen, den Minister wegen „eklatanter Fehlleistungen“ in der Pandemiepolitik zu feuern. Lucha habe keine Autorität mehr und schade dem Vertrauen in die Politik. Die AfD hat angekündigt, sich dem Antrag anschließen zu wollen.

Ministerpräsident Kretschmann hingegen stellte sich hinter seinen Minister. Der Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz nannte den Antrag unbegründet und lächerlich. red

Kommentar

Die neue Zerreißprobe

Wie lange wird die Solidarität in Deutschland diesmal halten? Die Politik muss sich ehrlich machen.

VON ANNIKA GRAH

Da ist es wieder: Das warme „Wir“-Gefühl, das wir schon aus dem Jahr 2015 und den ersten Wochen der Pandemie kannten. Eine Welle von Hilfsbereitschaft schwappt durch Deutschland. Geflüchtete aus der Ukraine werden am Bahnhof von freiwilligen Helfern in Empfang genommen. Es häufen sich Berichte über Menschen, die ihren privaten Raum als Unterkunft anbieten. Und eine knappe Mehrheit sagt im aktuellen BaWü-Check: Lasst unbegrenzt Flüchtlinge rein.

Allein, die Vorzeichen, dass das so bleibt, sind schlecht. Die Menschen im Land haben Zukunftssorgen, größer als während der zähen Monate der Pandemie. Die Inflation und die Energiepreise gepaart mit noch unklaren Folgen des Krieges für die Wirtschaft in Deutschland tun ihr Übriges. Der ewige Wohlstand der Nachkriegsgenerationen scheint auf einmal endlich. Wird das Wohl der Geflüchteten vor das eigene Wohl gestellt werden? Schon jetzt fällt es den Menschen schwer zu benennen, auf welche staatlichen Leistungen sie verzichten würden.

Eines ist schon jetzt klar. Für alles wird das Geld nicht reichen, wenn die Wirtschaft so abstürzt, wie es die Prognosen aktuell prophezeien, und damit auch Steuereinnahmen ausbleiben. Die Regierungen in Land und Bund sollten daher keine Trostpflasterchen in Form von Entlastungspaketen verteilen, sondern sich ehrlich machen – und sich und die Bevölkerung darauf vorbereiten, dass die Zeiten sich ändern werden.

Maskenpflicht in jedem zehnten Laden

STUTTGART. Jeder zehnte Händler in Baden-Württemberg hält an einer Maskenpflicht fest. Das ergab eine Blitzumfrage des Handelsverbands unter 200 Händlern im Südwesten. Vier von zehn Händlern empfehlen demnach aktiv, eine Maske zu tragen. Die Hälfte überlässt es den Kunden und weist in den Geschäften nicht speziell darauf hin.

Seit Sonntag sind die Corona-Auflagen in Baden-Württemberg entfallen. „Die Stimmung ist grundsätzlich gut. Viele Kunden freuen sich, dass sie ohne Masken einkaufen können oder könnten, auch wenn sie selbst noch vorsichtig sind“, sagt die Hauptgeschäftsführerin des Handelsverbands Baden-Württemberg, Sabine Hagmann. dag
Leitartikel

Die Stimmung im Land ist so schlecht wie lange nicht mehr

BaWü-Check Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten: Der Ukraine-Krieg lässt zwei Drittel der Bürger skeptisch oder besorgt nach vorne blicken. Eine Mehrheit will die Energieversorgung mit Atomkraft sichern.

VON CHRISTIAN GOTTSCHALK

STUTTGART. An diesem Mittwoch wird Baden-Württembergs Ministerpräsident ein voraussichtlich recht trübes Bild der Zukunft zeichnen. Winfried Kretschmann macht die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zum Thema seiner Regierungserklärung. Dass er mit tiefgreifenden Auswirkungen und Wohlstandsverlusten im Südwesten rechnet, hat der Grünen-Politiker bereits durchblicken lassen. Er trifft damit die Stimmung der Menschen im Land. Die ist so schlecht wie schon lange nicht mehr. Das ist das Ergebnis des BaWü-Checks, einer repräsentativen, von baden-württembergischen Zeitungen getragenen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach.

Demnach sieht nur noch knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen. Die große Mehrheit ist tief besorgt. 33 Prozent schauen skeptisch nach vorne, 34 Prozent sogar mit ausgeprägten Befürchtungen für die nächsten Monate. Nie zuvor haben die Demoskopien solche Werte gemessen.

IHK Region Stuttgart will Satzung ändern

Das Präsidium plant mehr rechtliche Sicherheit. Kritiker sprechen von einem Angriff auf die Demokratie.

STUTTGART. An diesem Mittwoch sollen die Vertreter der gut 160 000 Unternehmen in der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart (IHK) über eine Satzungsänderung diskutieren. Vorgeschlagen werden unter anderem eine Anhebung der Quoren für Sondersitzungen und geheime Abstimmungen. Außerdem sollen virtuelle und hybride Formate für die Vollversammlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter verankert werden.

Es darf mit einer kontroversen Debatte gerechnet werden, denn Vorwürfe gibt es bereits von der kammerkritischen Kaktus-Gruppe innerhalb der Industrie- und Handelskammer. Sie wirft dem Präsidium vor, die Vollversammlung entmachten zu wollen, und sieht in den Plänen einen „Angriff auf die Demokratie“. jbo

87

Prozent der befragten Baden-Württemberger empfinden die gestiegenen Energiepreise als Belastung.

57

Prozent der Befragten sprechen sich in einer repräsentativen Umfrage der baden-württembergischen Zeitungen und des Allensbach-Instituts für längere Laufzeiten von Atomkraftwerken aus.

1400 Euro Einmalzahlung für Chemiebeschäftigte

Tarifabschluss im Zeichen des Ukraine-Krieges bringt kein reguläres Lohnplus. Orientieren sich die Metall- und Elektroindustrie daran?

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

WIESBADEN/STUTTGART. Der Russland-Ukraine-Krieg mit seinen Auswirkungen auf die Unternehmen überschattet nun auch massiv die Tarifpolitik. Arbeitgeber und Gewerkschaft der chemisch-pharmazeutischen Industrie einigten sich auf einen Brückentarifvertrag, bevor im Oktober über höhere Entgelte weiterverhandelt wird.

Der Kompromiss bringt den 580 000 Tarifbeschäftigten keine reguläre Lohnerhöhung. Doch werde ihnen mit einer Einmalzahlung in Höhe von 1400 Euro eine „finanzielle Brücke“ für sieben Monate gebaut, wie beide Seiten betonten. Damit sollen einerseits die explodierenden Energiepreise und hohen Teuerungsraten ausgeglichen werden – andererseits sollen die Unternehmen ohne dauerhafte Kostenbelastungen durch die Phase großer Unsicherheiten kommen.

Konkret sorgen sich die Menschen unter anderem um die Sicherheit der Energieversorgung. Gestiegene Preise für Gas, Öl, Benzin oder Diesel haben das Bewusstsein genährt, dass der bisher gewohnte Wohlstand an seine Grenzen kommt. 87 Prozent geben an, dass die steigenden Energiepreise eine Belastung sind. 69 Prozent haben eine klare Vorstellung davon, was der Staat gegen die steigenden Preise unternehmen soll: Steuern senken, heißt es da.

Beim Thema Umgang mit Energie scheiden sich die Geister. Ein Tempolimit unterstützen 37 Prozent. Eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent möchte allerdings die Atomkraftwerke länger laufen lassen.

Deutlich positiver ist die Stimmung der Baden-Württemberger gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen. 51 Prozent sagen, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufnehmen sollte wie möglich. 43 Prozent sprechen sich für eine Begrenzung aus. Lediglich sechs Prozent plädieren dafür, möglichst wenige oder gar keine Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen.

Kommentar